

Türkei: Neue Kämpfe an alten Fronten

Die Wahl des Präsidenten als
Brennpunkt kemalistisch-konservativer Auseinandersetzungen

Heinz Kramer

In der Türkei findet gegenwärtig eine weitere Runde im Abwehrkampf der laizistisch-kemalistischen Staatseliten und des großstädtischen Mittelstandes gegen die Herausforderung durch die konservativ-traditionellen Kräfte der türkischen Gesellschaft statt. Nachdem die Verteidiger der kemalistischen Republik der Regierungspartei AKP den Griff nach dem Amt des Staatspräsidenten (vorläufig) verwehren konnten, sollen vorgezogene Parlamentswahlen den Weg aus der entstandenen Krise weisen. Dass Wahlen dies leisten werden, ist jedoch wenig wahrscheinlich. Der strukturelle Grundkonflikt zwischen kemalistischem »Zentrum« und konservativer »Peripherie« bleibt bestehen. Für die EU stellt sich die Frage, wie sie mit den dadurch ebenfalls fortbestehenden autoritären Defekten der türkischen Demokratie umgehen soll.

Die Türkei befinde sich gegenwärtig in der größten Existenzkrise seit Gründung der Republik. Das konstatierte Staatspräsident Sezer in seiner Abschiedsrede vor der Militärakademie am 13. April 2007. Unter dem Deckmantel der Demokratie würde an den laizistischen Grundlagen der Republik gerüttelt. Als Präsident sei er jedoch auf diese Grundlagen verpflichtet und könne deshalb in der gegenwärtigen Auseinandersetzung nicht neutral bleiben.

Eigentlich wiederholt sich nur eine alte Geschichte: Die laizistische Staatselite will die kemalistische Republik vor einem entscheidenden Angriff systemfeindlicher nichtkemalistischer Kräfte schützen. Diese Kräfte treten aktuell in Gestalt der Regierungspartei AKP in Erscheinung, der von

Seiten der Republikbewahrer eine Agenda der islamischen Unterwanderung des Staates und seiner Institutionen unterstellt wird. Zwei Prinzipien sind es vor allem, die aus Sicht der Kemalisten um jeden Preis unangetastet bleiben müssen: der Laizismus und die (homogene) Einheit der Nation und ihres Staates.

Schon die Militärputsche von 1961, 1970, 1980 und 1997 (28. Februar) dienten der Verteidigung dieser Prinzipien. Wie gegenwärtig auch ging es allerdings ebenso sehr darum, dass die etablierte kemalistisch-republikanische Staatselite, an der Spitze die Führung des türkischen Militärs, ihre gesellschaftliche Machtposition und die damit verbundenen sozialen und politischen Vorteile durch das Vordringen einer

alternativen politischen und gesellschaftlichen Kraft ernsthaft gefährdet sah. Die »Rettung der kemalistischen Republik« bedeutete und bedeutet also immer auch die Sicherung der Machtposition von Militär, Staatsbürokratie und ihnen nahestehender politischer Kräfte.

Knackpunkt Präsidentenwahl

Auslöser der aktuellen Krise war die Wahl des Staatspräsidenten, die angesichts der am 16. Mai 2007 ablaufenden Amtszeit des jetzigen Präsidenten notwendig geworden war. Der Präsident wird nach einem in der Verfassung geregelten Verfahren vom Parlament gewählt. In der Nationalversammlung hat die Regierungspartei AKP eine deutliche Mehrheit von 354 von 550 Abgeordneten. Damit hätte sie spätestens im dritten Wahlgang ihrem Kandidaten zum Sieg verhelfen können.

Dies hätte nach Ansicht der laizistischen Republikverteidiger zur vollständigen Machtergreifung der aus dem türkischen politischen Islam kommenden AKP geführt. Stellt die AKP doch bereits die Regierung, die aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Parlament ihre Politik relativ unangefochten durchsetzen kann. Bis dato wirkten zum einen der latente Widerstand der Militärführung und zum anderen der Staatspräsident als Gegengewichte. Der Präsident verfügt über ein aufschiebendes Vetorecht im Gesetzgebungsprozess, von dem Necdet Sezer recht häufig in politischer Absicht Gebrauch machte, um die AKP-Regierung in die Schranken zu weisen.

Wichtiger ist jedoch die Mitwirkung des Präsidenten bei der Besetzung hoher Positionen im Staatsapparat. So ernennt er drei Mitglieder des Verfassungsgerichts direkt und wählt die übrigen acht aus einer Liste von Personalvorschlägen der obersten Gerichte, des Hochschulrates und des Rechnungshofes aus. Auch auf diese Vorschläge übt er einen indirekten Einfluss aus, da er wiederum ein Viertel der Mitglieder des obersten Verwaltungsgerichts sowie einen Teil der Mitglieder des Obersten Hochschul-

rates direkt ernennt. Durch seine Befugnis zur Ernennung der Universitätsrektoren nimmt er wiederum Einfluss auf die weitere Zusammensetzung des Hochschulrates.

Diesen Einfluss auf die personelle Besetzung hoher Beamtenpositionen hat Präsident Sezer seit dem Amtsantritt der AKP-Regierung im November 2002 in zahllosen Fällen genutzt, um die Berufung von aus seiner Sicht zu deutlich parteipolitisch-islamisch geprägten Kandidaten zu verhindern, die ihm die Regierung vorgeschlagen hatte. Zöge jetzt ein AKP-Kandidat in den Präsidentenpalast ein, so die Befürchtung strikt laizistischer Kreise der Türkei, wäre ein ideologischer Dammbreach nicht nur in der Gesetzgebung des Parlaments, sondern auch bei der Besetzung der obersten Etagen der wichtigsten Institutionen der Republik die Folge. Der AKP wird ohnehin vorgeworfen, dass sie, etablierter türkischer Praxis folgend, die unteren Ränge der Verwaltung, der Justiz und der Polizei mit ihren Anhängern besetzt, wo immer sie kann.

Der Präsident ist darüber hinaus Oberbefehlshaber der türkischen Streitkräfte und ernennt den Generalstabschef auf Vorschlag des Kabinetts. Für die Militärführung ist es undenkbar, eine Person als Oberbefehlshaber zu akzeptieren, die auch nur den geringsten Zweifel an ihrer Bereitschaft aufkommen lässt, die kemalistischen Grundlagen der türkischen Republik nach außen und innen zu sichern und zu verteidigen. Solche Zweifel hegt der Generalstab allemal bei einem Kandidaten, dessen Ehefrau das islamische Kopftuch trägt, wie es bei dem von der AKP nominierten Außenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Abdullah Gül der Fall ist.

Großdemonstrationen zur »Rettung« der Republik

Entsprechend heftig fiel die Reaktion der Verteidiger der Republik auf die Kandidatur Güls aus. Am 12. April 2007, als das ganze Land noch rätselte, ob Ministerpräsident Erdoğan nun selbst kandidieren werde, hatte Generalstabschef Büyükanıt in einer

landesweit im Fernsehen übertragenen Pressekonferenz die »rote Linie« des Militärs zwar deutlich gezogen. Doch hatte er immerhin auch darauf hingewiesen, dass es Aufgabe der Nationalversammlung sei, den Präsidenten zu wählen, und dass der Generalstab diese Wahl akzeptieren werde.

Parallel dazu wurde der öffentliche Widerstand gegen einen AKP-Präsidenten organisiert. Mit erheblicher Unterstützung der Oppositionspartei CHP, deren Vorsitzender Deniz Baykal das Militär bereits ziemlich unverhohlen zum Eingreifen ermuntert hatte, und zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen wurde am 14. April in Ankara eine Großdemonstration veranstaltet. Hunderttausende brachten dabei mit dem Slogan »Die Türkei ist säkular und bleibt säkular!« ihren Unmut über die Aussicht auf eine »islamische Machtergreifung« und zugleich ihre Unterstützung für die Bewahrung der laizistischen Republik zum Ausdruck. Daneben äußerten einzelne Redner auch relativ prononciert Vorbehalte gegen eine zu weitgehende Westorientierung der AKP-Regierung. Ihr wurde »Komplizenschaft« mit den USA und der EU vorgeworfen, die beide daran interessiert seien, die Türkei zu schwächen.

Die Propagierung dieser Vorwürfe mag ihre Ursache darin haben, dass sich unter den Organisatoren neben der CHP an prominenter Stelle die stark nationalistisch orientierte »Gesellschaft für kemalistisches Denken« (ADD) fand, die unter Führung des ehemaligen Oberkommandierenden der Gendarmerie, General Eruygur, steht. Dieser war Anfang April 2007 im türkischen Nachrichtenmagazin *Nokta* als einer der Hauptbeteiligten an zwei vereitelten Putschversuchen führender Militärs gegen die AKP-Regierung im Jahre 2004 genannt worden. Die Stichhaltigkeit der Story konnte nicht hundertprozentig belegt werden (*Nokta* wurde mit einem Strafverfahren durch die Militärstaatsanwaltschaft überzogen und stellte kurz darauf sein Erscheinen ein). Doch gibt es eine Reihe von

Indizien, die dafür sprechen, dass sie nicht völlig aus der Luft gegriffen ist.

Die ADD war auch an der Durchführung aller folgenden Großdemonstrationen in Istanbul (29. April), Izmir (13. Mai) und einer weniger großen in Samsun (20. Mai) beteiligt. Allerdings dominierten in Istanbul und Izmir vor allem Frauenorganisationen und andere Vertreter bürgerlicher Mittelschichten. Diese verliehen ihrer Besorgnis Ausdruck, dass eine zu große Macht für die AKP eine deutliche Beschränkung des liberalen, westlichen Lebensstils zugunsten der Propagierung und Durchsetzung einer religiös-traditionell geprägten Lebensführung zur Folge haben könnte. Allerdings erteilten gerade die Vertreter der Frauenorganisationen und anderer bürgerlicher Verbände mit dem Slogan »Weder Scharia noch Putsch!« auch allen Verlockungen eine Absage, die »Rettung der Republik« wieder einmal den Militärs zu überlassen.

Zivilgesellschaft – Instrument oder autonome Kraft?

Die Großdemonstrationen haben verschiedene Phänomene zutage treten lassen, die aus der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre resultieren.

Erstens wurde deutlich, dass die türkische Zivilgesellschaft inzwischen so stark und gewichtig geworden ist, dass sie in einer politisch kritischen Phase große Massen zu mobilisieren vermag – immerhin haben an allen Demonstrationen insgesamt etwa 4 Millionen Menschen teilgenommen. 1997, als es dem Militär darum ging, die islamistisch agierende Regierung unter Ministerpräsident Erbakan aus dem Amt zu vertreiben, stand der Weg zu einer zivilgesellschaftlichen Massenmobilisierung noch nicht offen. Dass diese Mobilisierung nun möglich war, kann als zunehmende Reife der türkischen Demokratie gewertet werden.

Zweitens ließen erhebliche Teile der Demonstranten das in den letzten zwei Jahren deutlich gewachsene nationalistische

Sentiment weiter Teile der türkischen Bevölkerung erkennen. Die Verdammung des Westens und die Zurückweisung von Minderheiten, die vermeintlich die türkische Nation und ihren Staat zu spalten versuchten, unterstrichen einmal mehr, dass die Ermordung des armenischstämmigen türkischen Journalisten Hrant Dink im Januar 2007 und die Hetzkampagne gegen Schriftsteller wie Orhan Pamuk und Elif Şafak keineswegs »Ausrutscher« waren.

In diesem Kontext spielt auch der seit über einem Jahr wieder verstärkt betriebene Gewaltterror der kurdischen PKK eine Rolle. Die Militärführung und nationalistische Zirkel nehmen die wachsende Zahl von Opfern unter den Soldaten zum Anlass, die AKP wegen ihres allzu zaghaften Vorgehens gegen die Terroristen zu kritisieren sowie »ausländische Kreise« der Kooperation mit der PKK zu bezichtigen. Letzteres richtet sich vornehmlich gegen die USA und die EU.

Vor allem auf die anti-westlich gestimmten Teile der Bevölkerung zielte die Mobilisierungskampagne der nationalistisch-kemalistischen Gruppen unter den Organisatoren der Demonstrationen. Die von der Militärführung und dem Staatspräsidenten beschworene Furcht vor einer »schleichenden Islamisierung« sprach dagegen eher die großstädtischen bürgerlichen Mittelschichten an. Entsprechend heterogen war dann auch das Bild der Demonstrationen, deren Teilnehmer sich nur in der Ablehnung der AKP-Regierung einig waren.

Doch neben Slogans, die auf die Abwehr bedenklicher Entwicklungen zielten, gab es auch »positive« Slogans. Sie reichten von liberal-demokratischen Forderungen nach der Bewahrung eines individualisierten Lebensstils gegen islamistische Anmaßungen über die Forderung nach Sicherung der kemalistischen Grundlagen der Republik bis zu klar anti-demokratischen Forderungen nach Durchsetzung einer starken, autonomen Türkei, notfalls unter Führung des Militärs.

»Neuer« und »alter« Mittelstand

Insofern ist gegenüber Deutungen Skepsis angebracht, die die Demonstrationen in erster Linie als Ausdruck der Herausbildung eines »neuen Mittelstandes« in der Türkei interpretieren. Geprägt durch das großstädtische Bürgertum – Intellektuelle, Freiberufler, junge Angestellte in modernen Wirtschaftszweigen – und eine neue Frauenbewegung, reiche er inzwischen weit über den »klassischen« türkischen Mittelstand hinaus, der im wesentlichen durch die Beamtschaft und andere staatsorientierte Gruppen bestimmt sei. Während der »neue Mittelstand« einen eindeutig westlich liberal-demokratischen und auch konsumorientierten Lebensstil pflege, sei der »klassische Mittelstand« noch immer viel stärker dem etablierten kemalistischen Wertekanon verpflichtet.

Beide Gruppen eine aber das Bekenntnis zum Laizismus/Säkularismus. Allerdings, so wäre wohl hinzuzufügen, ist auch das Laizismusverständnis des »neuen Mittelstandes« wesentlich liberal-individualistischer als das des »klassischen Mittelstandes«, das eher dem kemalistischen Dogma verhaftet und damit gesamtgesellschaftlich-verpflichtend ausgelegt ist.

Doch konnten sich vor diesem Hintergrund die Verfechter beider gesellschaftlichen Trends – klassischer Kemalismus und postmoderne Türkei – in den Anti-AKP-Demonstrationen problemlos zusammenfinden. Dennoch wäre es völlig verfehlt, die Großdemonstrationen als Ausdruck einer einheitlichen Sichtweise einer modernen, nicht-religiös-konservativ geprägten Türkei zu interpretieren.

Dabei manifestieren sich auch im Lager der AKP und ihrer Anhänger ähnliche gegenläufige gesellschaftliche Trends. Auf der einen Seite finden sich Vertreter eher islamistischer Positionen, wie sie von den Anhängern der *Millî Görüş*-Organisation propagiert werden. Sie entstammen jenen gesellschaftlichen Milieus, die seinerzeit Necmettin Erbakan und seine Wohlfahrtspartei (RP) unterstützt haben, als die RP noch die politische Hauptkraft des poli-

tischen Islam in der Türkei repräsentierte. Häufig eng mit den großen (offiziell immer noch verbotenen) religiösen Orden (*tarikalar*) verbunden, wird ihr Denken von einem starken gesellschaftsformativen Grundzug geprägt, sie neigen mithin dazu, den Türken die »richtige« Lebensführung vorschreiben zu wollen.

Daneben gewinnen in der Führung der AKP deutlich Kräfte aus einem »neuen islamischen Mittelstand« an Einfluss. Dieser ist unternehmerisch geprägt und nicht nur bestrebt, die kemalistischen Staatseliten aus ihren Führungspositionen zu verdrängen. Seine Vertreter sind gleichzeitig davon überzeugt, dass nur eine nach außen offene Türkei, die sich den wettbewerblichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellt, längerfristig Erfolg haben kann.

Dieser neue »islamische Mittelstand« pflegt durchaus eine von konservativen Werten bestimmte Lebensführung, in der Religion eine wichtige Rolle spielt. Doch ist er wesentlich zurückhaltender gegenüber einer politischen Ordnungspolitik, die auf gesamtgesellschaftliche Prägung abzielt. Für seine Vertreter ist Religion eine wichtige, aber eben doch eine private Angelegenheit, die staatliche Politik keinesfalls dominieren darf.

In dieser Grundeinstellung stehen diese »modernen« Konservativen dem »neuen Mittelstand« im laizistischen Lager oft näher als den klassischen Traditionalisten unter den AKP-Anhängern. Wie weit beide neuen gesellschaftlichen Kräfte allerdings den Grundsatz unterstützen, dass jeder nach seiner Fassung selig werden solle, ist eine wichtige Frage. An der letztlichen Antwort darauf wird sich wahrscheinlich die längerfristige politische Entwicklung der Türkei entscheiden. Gegenwärtig ist Skepsis angebracht, ob sie den genannten Grundsatz uneingeschränkt unterstützen, zumal es beide Gruppierungen tunlichst vermeiden, einen lagerübergreifenden Dialog über die zeitgemäße Interpretation des von beiden prinzipiell bejahten Laizismus-/Säkularismusprinzips zu führen. Doch nur eine solche gemeinsame, zumindest aber

eine von beiden Seiten als kompatibel angesehene Interpretation wird die markante Kluft zwischen »kemalistischen Republikbewahrern« und »modernisierenden Islamisten« dauerhaft überwinden können.

Ein »Coup per Internet«

In der aktuellen Auseinandersetzung scheint sich die AKP-Führung über das Kräfteverhältnis zwischen »Traditionalisten« und »Modernisten« in ihrer eigenen Anhängerschaft jedenfalls nicht sicher gewesen zu sein. Sonst hätte sie kaum darauf verzichtet, auf die »republikanischen« Großdemonstrationen mit einer Mobilisierung der eigenen Anhänger zu reagieren. Wäre diese allerdings zu einer Demonstration islamischer Frömmigkeit geraten, wäre dies Wasser auf die Mühlen der Laizisten gewesen. So konnte sich Ministerpräsident Erdoğan durch seine Zurückhaltung zumindest gegenüber der Öffentlichkeit als verantwortlicher und besonnener Staatsmann geben.

Ähnlich gab er sich auch in seiner Reaktion auf das Vorgehen der Militärführung, das als »Coup per Internet« in den öffentlichen Sprachgebrauch der Türkei eingegangen ist. In der Nacht vom 27. auf den 28. April veröffentlichte der Generalstab auf seiner Internetseite eine Erklärung, in der darauf hingewiesen wurde, dass die türkische Armee den Laizismus entschieden verteidige und dies auch mit Taten unter Beweis stellen werde, sollte das notwendig werden. In der Debatte über den Laizismus-Grundsatz der Republik sei die Armee Partei.

Diese Erklärung rief, in Verbindung mit der Pressekonferenz des Generalstabschefs vom 12. April, in der türkischen Öffentlichkeit Erinnerungen an vergleichbare »Warnungen« des Militärs wach. Mit ähnlichen Mitteln hatte es 1970 und 1997 für die Ablösung der jeweiligen Regierungen gesorgt, um das Abgleiten der Republik in nicht-kemalistische Zustände zu verhindern.

Dieses Mal allerdings knickte die AKP-Regierung nicht ein. Ministerpräsident

Erdoğan ließ am 28. April über den Regierungssprecher verlauten, dass der Generalstab gemäß der türkischen Verfassung dem Ministerpräsidenten unterstellt sei. Gleichzeitig verurteilten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und Intellektuelle in einer Erklärung das Memorandum des Generalstabs als unzulässigen Eingriff in den demokratischen Politikprozess. Ein derartig prononcierter Widerstand ziviler Gruppen gegen das Verhalten der Militärführung ist in der Geschichte der Republik ein Novum.

Das Verfassungsgericht greift ein

Die AKP hielt ungeachtet all dessen an der Kandidatur von Abdullah Gül fest. Gül war an demselben 27. April im ersten Wahlgang in der Nationalversammlung gescheitert, weil er die zur Wahl benötigte Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten verfehlte. Die konnte er schon deshalb nicht erreichen, weil infolge eines Abstimmungsboykotts der oppositionellen CHP und der bürgerlichen Mutterlandspartei ANAVATAN die Zahl der in der Kammer anwesenden Abgeordneten geringer war.

Obwohl nirgendwo in der Verfassung festgelegt ist, dass für den ersten Wahlgang 367 Abgeordnete in der Kammer anwesend sein müssen, nahm das von der CHP angegriffene Verfassungsgericht das Nicht-Erreichen dieser Zahl zum Anlass, um am 1. Mai in einem rechtlich äußerst umstrittenen Urteil den ersten Wahlgang vom 27. April für ungültig zu erklären.

Damit war die Präsidentenwahl wieder an ihren Ausgangspunkt zurückgeführt. Die AKP unternahm in einer Art Trotzreaktion am 6. Mai einen erneuten Versuch, Abdullah Gül wählen zu lassen. Doch auch diesmal nahmen weniger als die vom Verfassungsgericht als notwendig bezeichneten 367 Abgeordneten an der Abstimmung teil. Daraufhin zog der Außenminister seine Kandidatur zurück. Der erste Anlauf der AKP, das höchste Staatsamt der Türkei mit einem ihrer Mitglieder zu besetzen, war am konzertierten Widerstand

der laizistischen Kräfte im Staatsapparat gescheitert.

Neuwahlen und Verfassungsänderung als Ausweg?

Unmittelbar nach dem Urteil des Verfassungsgerichts hatte Ministerpräsident Erdoğan als möglichen Ausweg aus der Krise vorgezogene Parlamentswahlen für den 24. Juni 2007 vorgeschlagen. Am 2. Mai erklärte der Hohe Wahlrat der Türkei, dass diese Wahlen aus terminlichen und organisatorischen Gründen frühestens am 22. Juli stattfinden könnten. Nachdem Außenminister Gül seine Präsidentschaftskandidatur zurückgezogen hatte, beschloss die Nationalversammlung nahezu einstimmig, diesen Weg einzuschlagen.

Die AKP nahm dies zum Anlass, einen Antrag auf eine Verfassungsänderung zu stellen. Danach sollte der Staatspräsident künftig direkt vom Volk gewählt und seine Amtszeit von sieben auf fünf Jahre verkürzt werden, eine einmalige Wiederwahl sollte möglich sein. Gleichzeitig sollte die Legislaturperiode von derzeit fünf auf vier Jahre verkürzt werden. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der AKP und der Mutterlandspartei ANAVATAN am 11. Mai endgültig vom Parlament angenommen.

Doch auch gegen diese Entscheidung reichte die CHP Klage beim Verfassungsgericht ein, weil ein einziger Punkt in der Einzelabstimmung über das Gesetzesvorhaben nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit gefunden hatte. Ein vom amtierenden Staatspräsidenten Sezer gegen dieses Gesetz eingelegtes Veto wurde vom Parlament in einer erneuten Abstimmung am 31. Mai zurückgewiesen. Sezer ordnete daraufhin ein Referendum zum Gesetz über die Verfassungsänderung an und erhob gleichzeitig eine Nichtigkeitsklage beim Verfassungsgericht. Das Gericht wird darüber im Verbund mit der anhängigen CHP-Klage entscheiden.

Wie weiter?

Nun wird es zwar zu vorgezogenen Parlamentswahlen kommen, doch bleibt das von den laizistischen Republikverteidigern in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen gerückte Verfahren der Neuwahl des Staatspräsidenten in der Schwebe. Die weitere Entwicklung in dieser Frage hängt zum einen vom Verfassungsgericht und zum anderen vom Wahlergebnis am 22. Juli ab.

Erklärt das Verfassungsgericht das Gesetz, das über eine Verfassungsänderung die Volkswahl des Präsidenten erwirken soll, für nichtig, kann die Wahl nur nach dem geltenden Recht erfolgen. Dabei wäre nach dem Urteil des Verfassungsgerichts vom 1. Mai für eine gültige Abstimmung bereits in der ersten Runde die Anwesenheit von 367 Abgeordneten erforderlich. Da jedoch nicht damit zu rechnen ist, dass eine Partei bei den Parlamentswahlen zwei Drittel der Sitze erhält, müssen sich die im Parlament vertretenen Parteien für die Wahl eines Präsidenten auf einen Kompromiss verständigen. Angesichts der tiefen ideologischen Gräben, die der aktuelle »Kulturkampf« hat erkennen lassen, dürfte ein solcher Kompromiss nur unter äußersten Mühen zu erreichen sein.

Die AKP wird wahrscheinlich so stark aus den Wahlen hervorgehen, dass sich gegen sie kein Kandidat durchsetzen lässt. Andererseits dürfte es der laizistisch-nationalistischen Opposition schwerfallen, einen Kandidaten zu akzeptieren, an dessen »kemalistischer Gesinnung« auch nur der geringste Zweifel besteht. Eine längere Hängepartie ist daher nicht auszuschließen, zumal das laizistische Lager mit dem amtierenden Präsidenten Sezer keine Probleme hat.

Die Lage könnte noch komplizierter werden, wenn die kurdische Partei DTP eine so große Zahl von Mitgliedern (die aus formalen Gründen als unabhängige Kandidaten auftreten) ins Parlament bringt, dass sie die Rolle des Züngleins an der Waage spielen könnten. Eine Koalition – selbst eine inoffizielle – mit Abgeordneten, die öffentlich im Verdacht stehen, die Ter-

roristen der PKK zu unterstützen, kann eigentlich keine der anderen politischen Kräfte ernsthaft in Erwägung ziehen, will sie nicht das Militär und erhebliche Teile der Öffentlichkeit gegen sich aufbringen.

Lässt das Verfassungsgericht die Änderungen passieren und wird die AKP in ihrer Position als alleinige Regierungspartei bestätigt, muss sie entscheiden, ob sie das vom Staatspräsidenten anberaumte Referendum über die Verfassungsänderung im Herbst durchführen lässt oder am alten Wahlverfahren festhält. Die Volksabstimmung würde mit großer Wahrscheinlichkeit zugunsten der Verfassungsänderung ausgehen. Bei den Laizisten würde dies erneut die Alarmglocken schrillen lassen, da zu erwarten steht, dass bei einer Volkswahl des Präsidenten der AKP-Kandidat sehr gute Erfolgchancen hätte. Das nicht zuletzt deshalb, weil die Opposition Mühe haben dürfte, sich auf einen überzeugenden Kandidaten zu einigen. Wäre ein AKP-Kandidat aber erst einmal vom Volk gewählt, ließe sich dagegen kaum noch etwas unternehmen, ohne dass der Geruch eines echten Staatsstreiches aufkäme. Die laizistisch-kemalistischen Kräfte sind folglich gefordert, es nicht so weit kommen zu lassen.

Wird die AKP wider Erwarten geschwächt aus den Parlamentswahlen hervorgehen und womöglich auch die zur Alleinregierung nötige Stärke einbüßen, wäre die Situation mit Blick auf die Präsidentenwahl kaum unproblematischer als im Fall einer Annullierung der Verfassungsänderungen durch das Gericht. Jede wahrscheinliche Regierungskoalition welcher Couleur auch immer würde wohl nicht über die notwendige Mehrheit verfügen, um einen gültigen ersten Wahlgang zustande zu bringen. Einigungen mit der Opposition auf einen Kompromisskandidaten würden sich äußerst schwierig gestalten. Ein weiteres Amtieren Necdet Sezers als Präsident wäre wahrscheinlich. Ein erneutes formales Wahlverfahren ohne Ergebnis hätte laut Verfassung Neuwahlen zum Parlament zur Folge. Die Krise würde definitiv zur Staatskrise mutieren.

Der strukturelle und konfliktträchtige Dissens über die »richtige Identität« der türkischen Republik ist nach wie vor politisch virulent und wird auch durch die bevorstehenden Parlamentswahlen nicht überwunden. Die große Frage ist, ob und wann eine Situation eintreten wird, in der die Hauptprotagonisten der alternativen Gesellschaftsmodelle zu wechselseitigen Kompromissen bereit sind.

Das Problem liegt ja nicht nur darin, dass die AKP bei der Benennung des Präsidentschaftskandidaten Kompromisse eingehen müsste, wollte sie beweisen, dass es ihr mit ihrem modernen Säkularismusverständnis ernst ist. Es liegt gleichermaßen darin, dass die laizistisch-kemalistische Opposition akzeptiert, dass ihre Vorstellung von der »richtigen Republik« nicht mit der gesellschaftlich-sozialen Realität in Einklang steht. Sie müsste folglich jene politischen Reformen hinnehmen, die hier zu einer größeren Kongruenz führen.

Das wird nur möglich sein, wenn die Staatseelite und ihre gesellschaftlichen Anhänger bereit sind, sich auf eine offene politische Debatte über die Prinzipien des Laizismus und der nationalen Einheit sowie der türkischen Identität einzulassen – statt diese Themen nur einer öffentlichen, primär medienbezogenen Debatte anheimzustellen.

Herausforderungen für die EU

Für Deutschland und die EU werfen die jüngsten Ereignisse vor allem die Frage nach der Reife der türkischen Demokratie auf. Sie haben einmal mehr deutlich werden lassen, dass das türkische Militär immer noch eine politische Sonderrolle spielt und nicht gewillt ist, diese aufzugeben. Daran haben die in den letzten Jahren vollzogenen Veränderungen im Nationalen Sicherheitsrat (MGK) nichts geändert. Ebenso problematisch ist, dass es mit der CHP und der MHP wichtige Parteien gibt, die diese politische Sonderrolle des Militärs befürworten und aktiv unterstützen. Damit ist aber auch erkennbar

geworden, dass die Türkei die Demokratieforderung, wie sie in den politischen Kriterien von Kopenhagen ausbuchstabiert ist, in einem wesentlichen Punkt nicht erfüllt.

Hierüber kann die EU nicht hinwegsehen. Mag es politisch klug gewesen sein, in der akuten türkischen Krise auf das Verhalten des Militärs zurückhaltend zu reagieren, so müssen spätestens im nächsten Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission im Herbst 2007 deutliche Worte an die Adresse Ankara gefunden werden. Es darf in der Türkei nicht der Eindruck entstehen, als sei die Union bereit, türkische Erklärungen für die Notwendigkeit dieser demokratischen Anomalie zu akzeptieren. Für die EU kann die Rolle des Hüters der Grundlagen der Republik Türkei, einschließlich des Säkularismus, nur durch den zivilen demokratischen Prozess wahrgenommen werden, nicht aber von Institutionen, die diesem Prozess nicht unterworfen sind und sich bewusst von ihm abgrenzen.

Solange die türkische Gesellschaft und Politik nicht in der Lage sind, ein dauerhaftes Einvernehmen über die Grundlagen der Republik herzustellen, können sich Krisen wie die gegenwärtige wiederholen, wie die Geschichte der Republik nach 1950 zeigt. Für die EU ist jedoch ein Mitgliedsstaat nicht akzeptabel, in dessen politischer und gesellschaftlicher Grundstruktur die Möglichkeit eines Staatsstreichs demokratisch nicht legitimierter Kräfte quasi eingebaut ist. Die EU muss daher gegenüber der Türkei eindringlich und nachhaltig auf einer Beseitigung dieses demokratischen Defekts bestehen.

Die jüngste Entwicklung hat einmal mehr gezeigt, dass die Frage eines türkischen EU-Beitritts mit dem Beginn der Verhandlungen keineswegs vorentschieden ist. Damit bleibt aber auch die Frage nach eventuellen Alternativen zur Mitgliedschaft auf der Tagesordnung. (Vgl. dazu das in Kürze erscheinende SWP-Aktuell »Alternativen denken!« von Andreas Maurer.)

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364